Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 46

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rationalisierung zur erhöhten Milcherzeugung auf dem Kollektivgut, wie sie der bulgarische Zeichner («Starschel», Sofia) sieht.

geführt. (Statistisches Amt des Ministerrates der UdSSR, 1960.)

Die Gründe liegen auch *nicht* an einem unergiebigen Boden, denn in Süd-Russland und Nord-Kaukasus finden sich 1,1 Millionen Quadratkilometer fruchtbarster Schwarzerde (in Sibirien 800 000 Quadratkilometer).

Die Gründe liegen auch *nicht* an der Arbeitsunwilligkeit der russischen Bauern, wie folgende Zahlen beweisen: Die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) berichtete laut AFP, dass 1959 auf den Nebenwirtschaften der Kolchosbauern (privater Sektor) erzeugt wurden pro Hekare, in Klammern Erzeugung der staatlichen gemeinwirtschaftlichen Betriebe: Kartoffeln 115,7 (66), Gemüse 143,8 (80,9), Sonnenblumenerträge 13,3 (7,6) Zentner. (Zum Verhältnis Nebenwirtschaft und «sozialistischer Sektor» siehe insbesondere Untersuchungen Nr. 12, 13 und 14.)

1959 lieferte der private Sektor ein Drittel des Rindviehs, die Hälfte der Kühe, 24 Prozent der Schweine, 27 Prozent der Schafe, 81 Prozent der Ziegen und 75 Prozent des Geflügels. Dementsprechend versorgte der private Sektor die sowjetische Bevölkerung mit Fleisch zu 47 Prozent, mit Milch zu 50 Prozent und mit Eiern gar zu 82 Prozent.

Die individuell bearbeiteten Nebenstellen der Kolchosbauern sind etwa ½ bis 1 Hektare gross. Sie machen weniger als 2 (!) Prozent der in der Sowjetunion genutzten Ackerbaufläche (321,5 Millionen Hektaren) aus (Narodnoje Choseistwo SSSR, 1958). Der Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Kolchosbauern in den Städten ist seit 1932 legal und durch verschiedene Verordnungen gesetzlich geregelt.

Die Tatsache (FAO-Bericht), dass ein Grossteil der Bevölkerung der Sowjetunion aus den Erträgen der bäuerlichen Nebenstellen ernährt wird, wäre ein «Wirtschaftswunder» bisher unbekannten Ausmasses, wenn ...

Schlaglichter

... nicht angenommen werden muss, dass — allerdings sehr indirekt — auch der staatliche Kolchosbesitz wesentlich dazu beigetragen hat.

Die parteiamtliche «Sowjetskaja Latvia» vom 27. Oktober schreibt:

«Im Lenin-Kolchos wurde nicht, wie geplant, 3900 Tonnen Futterrüben, sondern nur 97 (!) Tonnen in den Silo eingelegt. An den Staat wurden nicht 1660 Tonnen Zukkerrüben abgeliefert, sondern nur 97 (!) Tonnen.»

Haben wohl 1563 Tonnen Zuckerrüben Verwertung in den individuell geführten Betrieben der Kolchosbauern gefunden?

Die parteiamtliche «Sowjetskaja Litwa» vom 28. Oktober 1962 schreibt:

«Bei uns wurden mit Raupentraktoren pro Tag nicht mehr als 1,3 bis 1,5 Hektaren umgepflügt.»

(Laut amtlicher Statistik ist die entsprechende Durchschnittszahl in der Sowjetunion pro Tag 4,4 Hektaren.)

«Das Schlimmste ist, dass die Leute nur bis Mittag auf den Kolchosäckern tätig sind, später arbeiten sie nur noch auf den eigenen Nebenstellen. Sehr bedauerlich ist auch, dass sich mit dieser Ordnung nicht nur die Kolchosverwaltungen, sondern auch die Parteiorganisationen abfinden.»

Die gleiche Zeitung schreibt am 30. Oktober 1962 unter dem Titel: «Das Wetter ist nicht schuld»:

«Am 15. Oktober waren von 700 Hektaren Sturzacker nur 30 Hektaren umgepflügt. In dem Kolchos gibt es mehr als 100 Pferde. Warum werden diese nicht zum Pflügen eingesetzt? Weil sie auf den Nebenstellen der Kolchosbauern arbeiten. Dank der mangelnden Kontrolle werden hier und da die Nebenstellen der Kolchosen schon mit Traktoren umgepflügt. Dies zu einer Zeit, wo 700 Hektaren Kolchosland noch nicht umgepflügt sind ...»

Es folgt

Während 45 Jahren kommunistischer Herrschaft konnte die Produktivität der sowjetischen Landwirtschaft nicht auf den Stand der freien Welt gebracht werden, trotzdem die Sowjetunion dafür die gleichen technischen Voraussetzungen geschaffen hat. Der tiefere Grund für diese Entwicklung liegt darin, dass der russische Bauer auch in der zweiten Generation nicht für den Marxismus/Leninismus gewonnen werden konnte, sondern nach wie vor am Ertrag hängt, der ihm selbst, und nicht dem Staat zugute kommt.

Keine Kartoffeln

Am 25. Oktober (zur Zeit also, da es in Moskau schon zu schneien beginnt), waren in der Russischen Föderation (RSFSR) erst 48,2 Prozent des vorgesehenen Kartoffelquantums abgeliefert, noch weniger als zur gleichen Zeit des letzten Jahres. In Moskau selbst war bis zum 30. Oktober der Plan zur Kartoffelversorgung nur zu 80 Prozent erfüllt. (Schon zuvor hatte sich die sowjetische Presse beklagt, dass die Bauern Kartoffeln in den Aeckern liegen liessen, um sich Privatreserven anzuschaffen.)

Aussenhandel

China

Export trotz allem

Wie rücksichtslos China seine Devisengeschäfte betreibt, zeigen seine gesteigerten Lebensmittelexporte, die in sonderbarem Verhältnis zu den Weizeneinkäufen in den westlichen Produzentenländern stehen.

Obwohl alle Berichte aus China schon seit Jahren über eine zunehmende Lebensmittelknappheit und sogar Hungersnot sprechen, lassen sich die kommunistischen Behörden von dieser Tatsache scheinbar nicht sehr beeindrucken, denn zur gleichen Zeit haben die Lebensmittelexporte nach dem «kapitalistischen» Hongkong laufend zugenommen. Um diesen Handel noch weiter auszubauen, wurde auf der Linie Wuhan—Hongkong vor kurzem ein Express-Lastverkehr eingerichtet, um den Export nichtdauerhafter Lebensmittel weiter zu erhöhen. Mit dieser neuen Verbindung vermindert sich die bisherige Transportdauer von 4 bis 8 Tagen auf nur 52 Stunden.

Der chinesische Anteil am Lebensmittelimport von Hongkong steigert sich dieses Jahr auf einem Drittel gegenüber einem Viertel in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Auch wertmässig ist in den letzten Jahren ein stetiger Anstieg zu beobachten.

Handel

Ost/West

EWG-Hilfe an die UdSSR

Die EWG-Länder haben nicht nur ihren Handel mit der Sowjetunion beträchtlich erhöht, sondern liefern ihr auch in bedeutendem Masse Produkte zum Ausbau ihrer Schlüsselindustrie und damit zum Ausbau ihrer Macht.

Dieser Schluss lässt sich aus der kürzlichen Veröffentlichung des Moskauer Aussenhandelsministeriums ziehen, die den Sowjethandel des letzten Jahres erfasst. («Aussenhandel der UdSSR 1961», Verlag des Aussenhandelsministeriums der UdSSR, Moskau 1962.)

Demnach hat der Warenaustausch der EWG mit der UdSSR im Vergleich zu 1960 letztes Jahr von 752,4 auf 780,9 um 28,5 Millionen Rubel zugenommen, was einer Steigerung von 3,8 Prozent entspricht.

Wichtiger aber als diese quantitative Betrachtung scheinen uns qualitative Angaben über die Waren zu sein. Laut der erwähnten sowjetischen Quelle standen nämlich Maschinen und Ausrüstungen mit 46,2 Prozent des Wertes deutlich an der Spitze der sowjetischen Einfuhr aus den EWG-Staaten. 13,7 Prozent des Wertes der EWG-Lieferungen an die UdSSR machten ferner die Rohre für die Erdölpipelines aus, so dass mindestens 59,9 Prozent des EWG-Exportes nach der Sowjetunion direkt ihrem weiteren Machtausbau dienten. Das Beispiel der Bestandteile für die Rohrleitungen ist besonders eindrücklich. Die EWG lieferte nämlich 41,4 Prozent (261 700 Tonnen) der gesamten diesbezüglichen sowjetischen Einfuhr von 631 000 Tonnen. Nur dank westlicher Hilfe konnte die Comecon-Pipeline, die nicht zuletzt der grossen kommunistischen Erdöloffensive auf den freien Märkten dient, plangemäss ausgebaut werden. (Die sowjetischen Rohrfabriken waren mit ihren Produktionsplänen hoffnungslos im Rückstand. So springt die freie Wirtschaft ein, um der umständlichen Planwirtschaft zu ihrem «historisch unabwendbaren» Sieg zu verhelfen.)

Bezeichnend für die sowjetische Handelspolitik ist der geringe Anteil von vier Prozent am Import von Konsumgütern. Das trotz der zugegebenen beträchtlichen Mengen an der diesbezüglichen Versorgung im eigenen Land. Chruschtschew mag im Verhältnis zu Stalin mehr Wert auf Versorgung legen, im Vergleich zum Westen werden die Bedürfnisse der Bevölkerung immer noch drittrangig behandelt. Jedenfalls ist diese aufschlussreiche Angabe eine weitere Bestätigung dafür, dass mit dem Osthandel der Lebensstandard der Ostblockbevölkerung kaum gehoben werden kann.

Es zeigt sich erneut, wie dringend es ist, den Osthandel verstärkt nach politischen Gesichtspunkten zu koordinieren, damit sich die Länder des freien Marktes nicht gegenseitig darin überbieten, die Schlüsselindustrie eines Systems zu entwickeln, das sie von der Karte wegfegen will. (Diesen November soll die EWG angeblich die Osthandelskoordination prüfen. Es ist zu hoffen, dass diese Verhandlungen in Anbetracht der kommunistischen Wirtschaftsoffensive im Interesse des gesamten Europas geführt werden, und nicht im Interesse einzelner Industrie-Monopole.)

Wirtschaft

Sowjetunion

Industrie-Skandal

Das sowjetische Schwerindustriezentrum Tula in der RSFSR hat einen Skandal von grösserem Ausmass, vor allem aber von geradezu sensationeller Art: Ein Industrie-Unternehmer ist praktisch faillit gegangen.

Natürlich ist ein abgeschlossener Bankrott im kommunistischen Wirtschaftssystem nicht möglich, aber die ganze Entwicklung bis zur Zahlungsunfähigkeit (die dann irgendwie gedeckt wurde) zeigt Züge eines Zusammenbruchs, der laut kommunistischer Theorie überhaupt nur im Kapitalismus denkbar ist.

Die 150 km südwestlich von Moskau gelegene Stadt Tula (350 000 Einwohner) ist Mittelpunkt des Tulaer Wirtschaftsgebietes (2 Millionen Einwohner), wo sich vorwiegend Betriebe der Schwerindustrie befinden. Dieser Umstand verleiht dem in der Moskauer Zeitung «Sowjetskaja Rossija» am 1.November veröffentlichten Bericht über die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Betriebe eine besondere Bedeutung.

Wie daraus zu entnehmen ist, gestalten sich die wirtschaftlichen Erfolge der Tulaer Industriebetriebe laufend schlechter. **Die 1500 Arbeiter der sogenannten «Tula-Werke» hatten zum Beispiel im vergangenen August keinen Lohn erhalten, weil die Fabrik zahlungsunfähig wurde.**

Auch die eingesetzte Kontrollkommission stellte diese Tatsache fest und fand keinen anderen Ausweg, als die für die rückständigen Löhne benötigten Beträge von den Konten der übrigen Betriebe abzuheben. Dies geschah aber erst Ende September. Da dieser Betrieb den Plan schon seit lange nicht erfüllt und voraussichtlich auch in Zukunft unter dem Plansoll bleiben wird, blieb nichts anderes übrig, als die Planziele für das IV. Quartal herabzusetzen. Für den allgemeinen Stand der Planerfüllung bei den städtischen Betrieben ist bezeichnend, dass im Gebäude des Parteikomitees auf einer Tafel 10 weitere Betriebe angegeben sind, die ihre Pläne nicht erfüllen.

Auch die Produktivität geht im allgemeinen zurück. Im Jahre 1959 war der Produktionszuwachs noch zu 84 Prozent der erhöhten Arbeitsproduktivität zu verdanken. Im Jahre 1961 betrug dieser Anteil nur mehr 49 Prozent. Vor drei Jahren war es noch jeder achte Betrieb, der seinen Produktivitätsplan nicht erfüllte, im Vorjahr war es bereits jeder vierte. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres hatten die örtlichen Betriebe um 8 Millionen Rubel weniger Waren produziert als vorgeschrieben, obwohl die Zahl der Arbeiter um 2100 höher lag als gestattet. Allein im vergangenen September blieben 3000 Arbeiter unter dem Plansoll, aber viele erfüllen schon seit Monaten ihre Pläne nicht. Die Mechanisierung der Produktion geht auch nur schleppend voran, so dass in den Betrieben noch immer 30 000 Arbeiter ausschliesslich auf Handarbeit angewiesen sind. Dort, wo die Arbeitsproduktivität erhöht werden konnte, wurde in diesem Jahr zwar ein Plus-Wert von 227 000 Rubel erzeugt, der grösste Teil dieses Gewinns ging aber infolge der hohen Ausschussproduktion (140 000 Rubel) verloren.

Wirtschaft

Comecon

Zwei Schritte

Die CSSR hat erneut für eine engere Koordinierung der Produktion der Comecon-Staaten plädiert, und es liegt ein Bericht über einen bedeutenden Schritt auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit auf zwei Gebieten vor: der Automobil- und der Traktorenproduktion. Beide betreffen Polen, das als erstes Land eine engere Zusammenarbeit und den Abbau des Wettbewerbs zwischen den Comecon-Staaten forderte.

Automobile: Das gemeinsame DDR-polnische Kommunique, das zum Abschluss des Besuches der polnischen Partei- und Regierungsdelegation verabschiedet worden ist, fordert die Vereinheitlichung und grössere Zusammenarbeit zwischen den Autoindustrien der beiden Länder.

Erst vor einigen Wochen hatte das führende polnische Wirtschaftsblatt «Zycie Gospodarcze» vorgeschlagen, die kommunistischen Staaten — einschliesslich Jugoslawiens —, die jetzt nur eine geringe Produktion von Automobilen aufzuweisen hätten, sollten sich zusammentun und mit der Serienproduktion eines einzigen Modells beginnen.

Die UdSSR, Polen, die CSSR und die DDR produzieren zusammen zurzeit jährlich etwa 300 000 Automobile. In Jugoslawien läuft gerade die Produktion des kleinen Fiat-Modells in Lizenz an.

Traktoren: Polen und die CSSR, die gemeinsam die Produktion von Traktoren aufnehmen wollen, werden wahrscheinlich in der Lage sein, den gesamten Bedarf des Ostblocks zu decken, meinte Radio Prag.

Wie aus der Meldung weiter hervorgeht, produziert Polen gegenwärtig jährlich 12 000 und die CSSR 35 000 Traktoren. Nach dem Jahre 1965 soll die gemeinsame Produktion jährlich 150 000 Stück betragen, wobei der polnische Anteil bei 65 000 liegen soll.

Polen wird die Produktion eines eigenen Traktormodells (Ursus) einstellen, und die Ursus-Werke in Warschau werden das tschechoslowakische Zetor-Modell bauen. Die gesamte erforderliche maschinelle Ausrüstung wird die CSSR stellen.

Die amtliche tschechoslowakische Nachrichtenagentur Ceteka wartete diesen Moment ab, um die Gedanken des ZKs der tschechoslowakischen KP zur Zusammenarbeit der Comecon-Länder zu veröffentlichen, die in einem Dokument zusammengefasst sind, das dem im Dezember stattfindenden Parteikongress vorgelegt werden soll.

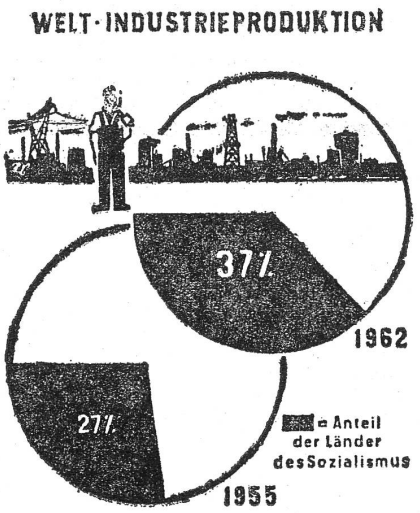
Die Nachrichtenagentur wies darauf hin, dass in dem Dokument eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit gefordert werde, um die Produktion erhöhen zu können und zitierte dann wörtlich: «In der Mehrzahl der Länder mit einem sozialistischen System ist es nicht mehr länger möglich, die Fortentwicklung der Produktionskräfte auf nur nationaler Ebene weiter zu betreiben.»

Comecon-Entwicklung

Mit solchen Fortschrittsdarstellungen über die jetzige Entwicklung des Comecon (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe = RGW) werden die Leser kommunistischer Presse fortwährend beschenkt.

Dazu kommen noch gerade im Zusammenhang mit den jüngsten Sitzungen verschiedener RGW-Kommissionen optimistische Zusammenstellungen über die kommenden Vorteile der Arbeitsteilung im Comecon-Lager.

Tatsächlich stösst gerade die Spezialisierung der Produktion im RGW-Raum auf beträchtliche Schwierigkeiten, da kein Land gern ohne weiteres zugunsten eines anderen Staates auf die Fortführung einer eingespielten Produktion verzichtet. So sollte die Tschechoslowakei die weitere Herstellung des Mähdreschers «ZM-330» von nun an Ungarn überlassen, was in der CSSR auf heftiges Widerstreben stösst. Ungarn dafür hat die Erzeugung von verschiedenen Radio- und Fernsehapparaten immer noch nicht eingestellt, obwohl jetzt Bulgarien die Produktion übernehmen sollte.



Dennoch ist die Bedeutung etwa der koordinierten Auto- und Traktorenproduktion keineswegs zu übersehen, *wie denn überhaupt die Comecon-Integration Fortschritte zu verzeichnen hat, wenn auch nicht im geplanten Ausmass.*

Die Industrieproduktion der RGW-Länder dagegen hält sich an die geplante Steigerung, ja scheint sie 1962 sogar eher zu übertreffen. Das Versagen der Organisation, wie es jetzt in der kommunistischen Wirtschaftsplanung nahezu krisenhaft aufzutreten scheint, bedeutet also beileibe keinen Produktionsrückgang. Die Wirtschaftsmacht wächst weiter, wenn auch Versorgung und Verteilung die Bevölkerung unzufrieden lassen. Dies ist vom Westen zu bedenken, wenn auch zurzeit die kommunistische Wirtschaftsplanung kräftig in Selbstkritik macht.

BRIEFE

Und andere Völker?

In dem von Heuchelei und Lügen triefenden Appell der Sowjetunion an die Weltöffentlichkeit, der in Beantwortung der Massnahmen Kennedys erlassen wurde (siehe KB Nr. 44, Seite 4, zweitletzter Absatz), findet sich der folgende Passus:

«Wer aber hat den Vereinigten Staaten das Recht gegeben, die Rolle eines Gestalters der Geschicke anderer Länder und Völker zu übernehmen? Weshalb sollen die Kubaner über die inneren Angelegenheiten ihres Staates nicht nach eigenem Ermessen entscheiden, sondern so, wie dies die Vereinigten Staaten möchten? Kuba gehört dem kubanischen Volk und nur das kubanische Volk darf Herr seiner Geschicke sein.»

Diesen Absatz sollte man überall und immer wieder in der Oeffentlichkeit zitieren und daran die Frage knüpfen:

«Wer aber hat der Sowjetunion das Recht gegeben, die Rolle des Gestalters der Geschicke anderer Länder und Völker zu übernehmen? Weshalb sollen die Ostdeutschen, die Ungarn, die Polen und andere Völker über die inneren Angelegenheiten ihres Staates nicht nach eigenem Ermessen entscheiden, sondern so, wie es die Sowjetunion möchte? Ostdeutschland gehört den Deutschen, Ungarn den Ungarn und Polen den Polen, und nur diese Völker dürfen Herren ihrer Geschicke sein.»

Nehme man einmal in der Weltöffentlichkeit die Sowjetunion beim Wort und verlange, dass in den sogenannten Satellitenstaaten den Völkern wirklich Gelegenheit gegeben werde, ihre Geschicke selber zu bestimmen, statt genötigt zu sein, unter unerhörtem Zwang zu leben oder sich diesem unter Lebensgefahr durch Flucht zu entziehen. Dies gilt natürlich auch für Kuba selbst, dessen Volk zu den Gewaltmassnahmen Castros ja nichts zu sagen hat.

Diese Entwicklung muss ihren Anfang nehmen mit einer freien, international kontrollierten Abstimmung in ganz Deutschland, in der das deutsche Volk darüber zu entscheiden hat, ob es sich wieder vereinigen will und, wenn ja, ob in der Form der westdeutschen Bundesrepublik oder unter dem Zepter Ulbrichts. Es ist höchste Zeit, dass dies mit äusserster Schärfe gefordert wird. Solange die Sowjetunion sich weigert, darauf einzugehen, muss immer erneut und darauf hingewiesen werden, dass die Sowjetunion nach alter revolutionärer Tradition dauernd ihre Gegner dessen beschuldigt, was sie selbst in ausgedehntestem Masse tut.

H. F. in Bongy-Villars

«Interne Probleme behandeln!»

Mit Interesse habe ich Ihren Leitartikel «Herausgefordert» in KB Nr. 43 gelesen und frage mich, ob der unbekannte Verfasser in «Das Volk» nicht doch ein wenig recht hat. Ich möchte nicht missverstanden sein. Ich betrachte Ihre Arbeit als notwendig, aber nur als einen Bruchteil des Erforderlichen. Noch viel wichtiger finde ich die Arbeit an uns selbst. In dieser Richtung geschieht zu wenig. Die Oeffentlichkeit, unsere Zeitungen befassen sich kaum damit. Besteht für uns nicht die Gefahr, dass, wenn wir immer wieder vom Versagen des Ostens lesen, wir gleichgültig werden oder doch geneigt, unsere eigenen Fehler zu übersehen? E. F. in Aarau

Der «Klare Blick» ist interessant und es ist erfreulich festzustellen, dass auch ohne Untertöne und Gehässigkeit über östliche Verhältnisse berichtet werden kann. Es dünkt mich jedoch, dass Ihr Blatt doch etwas zur «Verklärtheit» neigt, indem Sie das Funktionieren von Verteilerorganisationen und die Höhe des Lebensstandards als Gradmesser ansehen für den Stand eines Systems, ohne zu erwähnen, dass Vergleiche in diesen Belangen, obwohl sie beinahe zur Religion erhoben werden, nichts über den Stand eines Volkes aussagen, denn auch bei uns wird theoretisch noch die Ansicht hochgehalten, dass Mangel sparsam und Einschränkung erfinderisch macht und die wahre moralische Kraft des Menschen eher in Erscheinung treten lasse. Aus diesem Grunde frage ich Sie an, ob Sie den «Klaren Blick» auch auf unsere Verhältnisse anzuwenden auf dem Programm haben? B. R. in Zürich

Diskussionsweise werden wir von Zeit zu Zeit auch interne Probleme behandeln (wir haben etliche interessante Leserbeiträge erhalten). Immerhin bleibt die Information über das kommunistische System der Teil der allgemeinen Aufgabe, mit dem wir uns spezifisch befassen. Schweizerische Fragen werden also ebenfalls im Rahmen des SOI-Wirkungsfeldes erörtert. (Dem KB-Redaktor begegnete kürzlich ein Gelegenheitsleser: Der «Klare Blick» sei doch für Freiheit und Gerechtigkeit? Also, er sei in einem Scheidungsprozess verwickelt, der wirklich die Höhe der Ungerechtigkeit darstelle, und da habe er gedacht, man könne vielleicht in der Zeitung ... So oder ähnlich ist es nicht gemeint.) Red. KB

Partei

SBZ

Stille Säuberung unten

Der obligatorische Umtausch der Parteibüchlein ist in jedem kommunistischen Staat eine Gelegenheit, sich unliebsamer Mitglieder ohne Aufhebens zu entledigen. Die Zahlen werden erst viel später bekanntgegeben und sind auch dann nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Immerhin ist aus der letztjährigen diesbezüglichen Aktion in der SBZ jetzt einiges bekanntgeworden.

13 029 Mitglieder und Kandidaten der SED sind als Ergebnis des Umtausches der «Parteidokumente» in der Zeit vom 1. Dezember 1960 bis zum 31. Januar 1961 aus der SED ausgeschlossen worden. Dies wird in dem nicht zur Veröffentlichung freigegebenen Teil des «Rechenschaftsberichtes des ZK an den VI. Parteitag der SED» mitgeteilt. Wörtlich heisst es in diesem Zusammenhang: «während des Umtausches der Parteidokumente hat sich die Partei von parteifeindlichen, parteifremden und karrieristischen Elementen getrennt.»

Der vollständige «Rechenschaftsbericht», lässt gleichzeitig erkennen, dass die Beschlüsse des V. Parteitages im Jahre 1958 sowie seither gefasste Beschlüsse des Zentralkomitees über die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei als «bewusster und organisierter Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse» keineswegs entsprechend den Vorstellungen der Partei durchgesetzt worden sind.

Curriculum der Woche

PAWEL IWANOWITSCH BATOW

Der neue Generalstabschef der Streitkräfte des Warschauer Paktes.

Geboren 1897 aus Kleinbauernfamilie. 1916 als Soldat und Unteroffizier Teilnahme am Ersten Weltkrieg in der russichen Armee. Vom Juni 1918 an in der Roten Armee, militärischer Aufstieg während des Bürgerkriegs. Eintritt in die KP 1928. Freiwilliger im spanischen Bürgerkrieg. 1937 Deputierter des Obersten Sowjets der Sowjetunion. Absolvierung der Militärakademie in Moskau.

Im Zweiten Weltkrieg gilt er bald als einer der besten sowjetischen Kommandanten und steigt bis zum Rang eines Armeegenerals auf. Er kämpft zunächst

im sowjetisch-finnischen Krieg (1939/1940) und dann als Armeebefehlshaber an verschiedenen Fronten (Stalingrad, Minsk, Oder). 1945 nimmt seine 65. Armee an den «Warschauer Operationen» teil, bei welchen die Truppen Marschall Rokossowskis die Aufständischen in der polnischen Hauptstadt unter der Racheaktion der SS verbluten lassen, bevor sie Warschau «befreien». Es ist denn auch interessant festzustellen, dass Batow, der sowjetischerseits fünfmal den Leninorden und dreimal den Kutusoworden erhielt, von der polnischen Regierung «für seine Verdienste um die Befreiung Polens» nur mit dem Grunwald-Kreuz 2. Klasse und mit dem Kreuz «virtuti militari» 3. und 5. (!) Klasse ausgezeichnet wurde.

Nach dem Krieg werden ihm verschiedene wichtige Militärgrenzbezirke im Westen anvertraut (Königsberg, Karpathen). Schliesslich kommandiert er eine Besatzungsarmee in Deutschland. 1956 ins Zentralkomitee der ukrainischen KP gewählt. Seinen jetzigen Posten erhält er als Nachfolger des verstorbenen Generals Antonow, der seinerzeit unter anderem militärischer Unterhändler in Jalta und Potsdam war.